

Schuhmacher-Fachblatt

Organ des Zentralverbandes der Schuhmacher Deutschlands
und Publikationsorgan der Zentral-Franken- und Sterbekasse der Schuhmacher und verwandten Berufsgenossen

Nr. 34 Erscheint jeden Sonntag. Gotha, 25. August 1918 3. Jahrg.
Abonnementpreis: M. 1.— für das Vierteljahr.
Su beziehen durch alle Postanstalten. (Telephon: Nr. 174.) 3 Hefen kosten 50 Pfg. die einspaltige Zeitzeile.
Bei Wiederholungen Rabatt. — Stellen-
vermittlung-Anzeigen für Mitglieder 10 Pfg.

Aufruf!

An die in der Schuhindustrie und dem Schuh-
gewerbe beschäftigten Arbeiter u. Arbeiterinnen
Deutschlands!

Kollegen und Kolleginnen!

Wie schon öfter wenden wir uns auch heute mit der eifrigsten Mahnung an die in unserem Verufe tätigen Arbeiter und Arbeiterinnen. Es war eine hoch erfreuliche Mitteilung unseres Vorstandes des Zentralverbandes dem Würzburger Verbandstage, daß unserem Verbands-nähe an 4000 neue Mitglieder im letzten Jahre getreten sind und sich der Verband in einer kräftigen Entwicklung befindet.

Diese Entwicklung darf nicht ins Stocken geraten, weiter muß es vorwärts gehen, bis der letzte Kollege, die letzte Kollegin, die in der Schuhbranche tätig sind, dem Verbands-nähe als Mitglieder angehören.

Einem großen Erfolg hat unser Zentralverband der Schuhmacher errungen, daß er durch Abschluß eines Vertrages der Willkür unförmlicher Unternehmer eine Schranke setzte, die Löhne nach ihrem Verdienste festsetzt. Ob die Arbeiter und Arbeiterinnen dabei bestehen konnten, machte ihnen keine Sorgen. Durch die Festsetzung des Tarifes ist dieser Willkür ein Ende gesetzt.

Aber es besteht die Gefahr, daß, wo die Kollegen und Kolleginnen nicht oder nicht genügend organisiert sind und auch die Unternehmer ihrem Verbands-nähe nicht angehören, der Tarif nicht beachtet, oder falsch, d. h. ungunsten der Unternehmer, ausgelegt wird.

Kollegen und Kolleginnen! Das darf unter keinen Umständen vorkommen. Ihr habt mit Argusaugen über zu wachen, daß der Tarif streng eingehalten wird.

Das könnt ihr aber nur, wenn ihr kräftig organisiert seid.

Tut ihr das nicht, dann gefährdet ihr nicht nur das ganze Tarifwerk, ihr verschlechtert damit nicht nur die Lage, sondern ihr verschlechtert auch die Lage der Kollegen und Kolleginnen, die bereit sind und waren, daran zu setzen, um Ordnung in die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu bringen und eine Verbesserung der Lage der Arbeiterschaft in der Schuhindustrie herbeizuführen.

Kollegen und Kolleginnen! Wer von euch will die schwere Verantwortung auf sich laden, daß er durch Unthätigkeit, Egoismus und Kurzsichtigkeit dieses hohe Ziel gefährdet?

Aber auch in den Unternehmertreuen ist, wie wir auf deren Verbandstag gehört, eine Strömung gegen den Tarif vorhanden, die sich sicher noch bemerkbarer machen wird, wenn der Tarif abgelassen ist. Da gilt es, der Zentralverband der Schuhmacher stark genug ist, nicht nur den Tarif zu erhalten, sondern noch Verbesserungen durchzusetzen.

Kollegen und Kolleginnen! Ihr dürft nicht länger gleichgültig und untätig beiseite stehen.

Ist die Gefahr für die nichtorganisierte und nicht dem Schutz des Verbandes genießende Arbeiterschaft beachtlich zu erkennen?

Der wirtschaftliche Kampf, den wir führen, ist ein schwerer. Je mehr aber das Unternehmertum von der Macht der Organisation überzeugt wird, je mehr wird es sinnen und trachten, seine Organisation zu stärken, um die Arbeiterschaft gerüstet gegenüberzustellen. Mit anderen Worten: der Kampf wird von Tag zu Tag schwieriger.

Wer ist aber die Hauptstütze der Arbeitgeber? Wer verletzt ihnen erst die Kampfesfreudigkeit, gegen organisierte Arbeiterschaft in ihren berechtigten Bestrebungen anzukämpfen?

Einzig und allein die nichtorganisierte, die unvereinigte, alle Kraft beraubte Arbeiterschaft.

Wer will noch länger in seinem eigenen Lichte stehen?

Wer will noch weiter seinen Arbeitgeber durch die Teilnahmlosigkeit an den Bestrebungen seiner organisierten Kollegen unterstützen?

Schritt hier nicht das Wort zu: Wer nicht mit uns ist, der ist gegen uns?

Die Erfolge, welche ein starker Verband seinen Mitgliedern bieten kann, wachsen in dem Maße, als seine Mitgliederzahl und deren Energie sich vermehrt. Ein schwacher Verband kann aber nichts leisten. Deshalb, Kollege und Kollegin, wenden wir uns in deinem eigenen Interesse, im Interesse deiner Familie und Lebenshaltung an dich und rufen dir nochmals zu, ehe es zu spät für dich ist:

Siehe in die Organisation!

Siehe in den Zentralverband der Schuhmacher!

Ferien für Arbeiter.

Es ist noch gar nicht viele Jahre her, da betrachtete man den Anspruch auf Ferien, wenn er von Arbeitern erhoben wurde, als eine Unannehmlichkeit. Dagegen hält man Ferien für höhere Beamte, in Staat und Gemeinbedienst, wie auch in der Privatindustrie, schon längst für etwas Selbstverständliches. Und meistens war und ist es so, daß Leute, deren Tätigkeit nicht als besonders anstrengend angesehen werden kann, die jedoch die höchsten Gehälter beziehen, der längsten Ferien, oft mehr als einmal in einem Jahre, sich erfreuen dürfen. Und das Gegenstück dazu? Die Arbeiter und Unterbeamten, die in dieser Hinsicht über einem Kamm gehören werden, die schwere und schwerste Arbeit bei längster täglicher Arbeitszeit zu leisten haben, bekommen nicht nur keine Ferien, von ihnen wird vielmehr am meisten noch Ueberstundenleistung, sowie Tätigkeit an Sonn- und Feiertagen verlangt.

Daß die männlichen und weiblichen Zeitgenossen, deren Tagesbeschäftigung meistens mit dem Ausfluten erledigt ist, die sich hauptsächlich bei Schlemmereien und Vergnügungen strapazieren, alljährlich ein oder mehrere Bade- und Kurreisen unternehmen, das ist ebenfalls bekannt; auch das gehört zu der vielgerühmten sozialen Ordnung unter kapitalistischer Herrschaft.

Der Anspruch auf Ferien und Badereisen wird gewöhnlich mit der Notwendigkeit einer Reparatur des Körpers begründet. Es ist auch durchaus richtig zu sagen, daß der Körper, der tagtäglich tagaus anstrengender Beschäftigung sich widmen muß, der vielen gesundheitstörnden Angriffen ausgesetzt wird, dessen Nervensystem zermüdet und zerrütet worden ist, eine Zeit des Ausspannens und Erholens bedürfte, um die alte Leistungsfähigkeit und Elastizität wieder zu gewinnen. Aber erkennt man die Berechtigung solcher Argumente für Leute an, die überhaupt keine mühselige Arbeit verrichten, oder deren Tätigkeit doch nicht zu den anstrengendsten gehört, dann muß man derartige Ansprüche und Begründung am ehesten für die schwerer arbeitenden gewerblichen Arbeiter gelten lassen. Einmal darum, weil sie der Erholung und des Ausspannens am meisten bedürfen, dann aber auch deshalb, weil die Erhaltung und Stärkung ihrer Arbeitskraft für die Allgemeinheit notwendig und nützlich ist. Dagegen erleidet die Allgemeinheit nicht den geringsten Schaden, wenn Drohnen der Gesellschaft wegsterben. Ja, deren Hinscheiden ist ebenso von Vorteil, wie das Vernichten von Schwarzwäldern im Pflanzenleben.

War es bisher so, daß die Drohnenzeitungen sorgfältig gehegt und gepflegt wurden, während man die für das Allgemeinwohl so notwendige Kraft des wertschöpfenden Proletariats achtlos vergeudete, so ist in dieser Hinsicht, mit dem Erstarken der Arbeiterbewegung, allmählich ein kleiner Wandel eingetreten. Nicht, daß nun die anderen schaffen müssen und die Arbeiter sich mal gründlich ausruhen könnten und dabei von den Gütern lebten, die andere geschaffen haben. Nein, die alte „Ordnung“, daß es die Nichtstuer immer noch am besten haben, besteht noch ungeschwächt, aber die Arbeiter erzwungen es doch vor und nach, daß die frühere unbegrenzte Ausbeutung der Arbeitskraft mehr und mehr in bestimmte Grenzen gedrängt wurde. Man erkämpfte Verkürzungen der täglichen Arbeitszeiten von 14 bis 16 Stunden früher, auf 10, ja verschiedenen schon bis auf 8 Stunden. Des ist gewiß ein Fortschritt. Aber er genügt nicht. Über 8 Stunden im Durchschnitt sollte die normale Arbeitszeit nützlich beitragen. In manchen Industrien und Abteilungen dürfte, wegen der besonderen Schwere der Tätigkeit und wegen ihrer starken Angriffe auf den Gesundheits-

zustand der betreffenden Arbeiter, eine noch kürzere Arbeitszeit als dringend nötig erweisen.

Jedoch auch das Erzeugen einer Arbeitszeit die der Schwere der Arbeit und der aus ihr sich ergebenden Bedrohung der Gesundheit der Beschäftigten entspricht, einer verkürzten Arbeitszeit, die nur in Ausnahmefällen überschritten werden dürfte, kann unseren Bestrebungen und Ansprüchen nach dieser Richtung noch keine Grenze setzen. Es genügt nicht die tägliche Beschäftigungsdauer auf ein vernünftiges Maß zu beschränken, der ewige Alltag muß auch einmal im Jahre durch eine Reihe von absolut arbeitsfreien Tagen, von Ferien, unterbrochen werden. Der Arbeiter bedarf der Ferien dringender als die meisten höheren und höchsten Beamten. In einer Reihe von Gewerben sind Ferien für die Arbeiter ja auch schon üblich geworden, wenn auch von einer ganz festen Einrichtung noch nicht geredet werden kann. Wir müssen jedoch dafür streben, daß die Feriengewährung zu einem Bestandteil des Arbeitsvertrages wird, so gut verankert, daß die Unternehmer nur, in der Lage sind, den Arbeitern die Ferien, auf irgend eine Weise wegzuschneiden.

Wartet man die Ferien unter dem Gesichtswinkel des persönlichen Vorteils, dann kann man zu ihren Gunsten das Gleiche sagen, was wir in unserem Aufsatz "Vertierung der Arbeitszeit" (Nummer 33 des Fachblattes) angeführt haben. Die Ferien sollen dem abgearbeiteten Körper Gelegenheit geben, sich wieder zu kräftigen, neu zu stärken, sich zu befähigen, wiederum für fast ein ganzes Jahr, in Tag für Tag sich wiederholender Tätigkeit, Worze zu schaffen, die das Wirtschaftsleben bedarf, die notwendig sind für das Dasein und die Lebensbefriedigung des Volkes. Auch sollen die Ferien dem Arbeiter Gelegenheit geben, sich in der Natur zu erfrischen, seine Fähigkeiten zu wissenschaftlichen und künstlerischen Genüssen zu erweitern. Er soll nach Möglichkeit auch seinen, seine Kenntnisse über Land und Leute mehren und dazu durch Luftveränderung, deren hoher gesundheitlicher Wert immer mehr erkannt worden ist, seine körperliche Leistungsfähigkeit steigern. Der Arbeiter soll auch einmal im Jahre, wenn auch nur für kurze Zeit, frei sein von den nagenden und quälenden Sorgen des Alltags, von den Sorgen, die hinunterziehen, kein Hochgefühl, kein freies Zusammengefallen. Gerade dem Arbeiter muß eine solche Befreiung von der zerräubernden Tagesrouten eine ergäuzende Wohltat und Erholung sein.

Außer dieser rein persönlichen, sowie der gesundheitlichen und kulturellen Seite der Ferien, haben sie weiter auch noch einen bedeutend wirtschaftlichen Wert. Sie sind unter dem Gesichtswinkel der Arbeitszeit schlechthin zu betrachten. Nehmen wir an, eine Gruppe von Arbeitern, deren tägliche Arbeitszeit 9 Stunden betrage, erkämpfe den Anspruch auf Ferien von 8 Wochen tagen für das Jahr. Diese 8 Tage ergeben 72 Arbeitsstunden als Schonung für den einzelnen Arbeiter. Auf den Durchschnittssatz umgerechnet machten die Ferien eine Verkürzung der Arbeitszeit von fast 14 Stunden pro Woche aus, oder beinahe 1/4 Stunde pro Arbeitstag, wenn wir das Jahr zu 300 Arbeitstagen ansetzen.

Allerdings: diese Arbeitszeitverkürzung hätte nur bedingten Wert, wenn für sie kein Lohn gezahlt würde. Ja, ohne Lohnzahlung würden vielleicht viele Arbeiter die Ferien dazu benutzen, anderweitig Beschäftigung anzunehmen, für die ganze Ferienzeit, um seinen Lohnausfall zu erlösen, damit die Familie nicht darbe. Es muß selbstverständlich für die Ferientage mindestens der gleiche Lohn gewährt werden, wie für normale Arbeitsstunden. Der Arbeiter soll diese Zeit doch dazu benutzen, sich zu kräftigen, an Körper und Geist. Das kann er nicht mit den Sorgen wegen eines Lohnausfalls befaßt, das ist nur möglich, wenn in sein Einkommen mindestens sein Lohn gezahlt wird. Notwendig wäre vielmehr eine erhöhte Einnahme, weil Kulturgenüsse, bessere Lebenshaltung, Reisen usw., eben mit erhöhten Kosten verbunden ist. Diese gesteigerten Kosten können, nicht diese Arbeiter durch Sparen vorher aufbringen. Die Mehrzahl der Arbeiter wird daher sich darauf beschränken müssen, wenigstens vorläufig, die Ferien zu Hause, in der Familie zu verbringen, sich mit Spaziergängen und Wanderungen in der näheren Umgebung ihrer Heimat zu begnügen, daneben freier von Kunst und Wissenschaft genießen, wie das im Wohnort oder in nächster Nachbarschaft, ohne große Kosten, zu erreichen ist.

Somit: auch wo die Ferien keinen weiteren Spielraum der Lebensbefriedigung g. lassen, ist die alljährliche übersehende Freizeit von bedeutsamem Wert für alle Arbeiter.

Das haben viele unserer Kollegen bereits erkannt. Daher kam auf der jüngsten Generalversammlung des Verbandes auch eine Beschlusnahme darüber zur Gel-

tung, daß in dem abgeschlossenen 1. Halbjahre noch keine Abmachungen über Ferien e. haben sind, die Kollegen mitteln tariflich noch keinen Anspruch auf Ferien werden können. Würden sich die Unzufriedenen damit trösten, daß es für den ersten Tarifabschnitt noch nicht möglich war, Ferien als Ansprüche der Arbeiter im Vertrage festzusetzen, so bedeutet das selbstverständlich keinen Vorsicht auf die erhobene Forderung. Vielmehr soll die Aufgabe, daß man diesmal noch nicht stark genug war, die Anerkennung der Forderung durchzusetzen, dazu aufmuntern, die Organisation so zu stärken, daß sie bei der nächsten Gelegenheit den notwendigen Druck ausüben kann. Diese Stärkung ist auf zweifache Weise zu erreichen: einmal durch das Werben von Mitgliedern und Erziehen aller Kollegen zu Kampf- und Opferrollen, sodann dadurch, daß man an einzelnen Orten, mit Hilfe der günstigen lokalen Umstände, für den betreffenden Ort oder Bezirk, den Unternehmern die Bewilligung von bezahlten Ferien abtrotzt. Je mehr solche Fortschritte außerhalb der tariflichen Abmachungen errungen werden, um so leichter ist es nachher, die Gewährung von Ferien allgemein zu erzwingen. Und dann ist es auch wieder leicht, die Dauer der Ferien, sowie die Höhe der Lohnzahlung für die Freizeit, dem willkürlichen Diktum der einzelnen Unternehmer zu entziehen, alle diese Fragen, den berechtigten Wünschen der Kollegen entsprechend, durch den Tarif zu entscheiden.

Eicher ist: beide Fragen, die der Verkürzung der täglichen Arbeitszeit, sowie die der Feriengewährung ohne Einkommensminderung, kann nicht wieder von der Tagesordnung unserer Versammlungen verschwinden, solange nicht, bis die ganze Angelegenheit einen wenigstens vorläufig befriedigenden Abschluß gefunden hat.

In gemeinsamer Arbeit werden Mitgliedschaften, Vorstand und Redaktion des Fachblattes dem aufgeworfenen Problem ihre Aufmerksamkeit schenken und es der Verwirklichung entgegenführen.

Freue um Freue!

Nur wer kameradschaftlich handelt, ist ein Kamerad. Wer unkameradschaftlich handelt, kann folglich nicht als Kamerad angesprochen werden, wenn diese Bezeichnung mehr sein soll, als eine gedankenlose Redensart. Nur wer

Pflichten der Solidarität erfüllt, die das Gesamtinteresse erfordert, d. h. sich seiner Berufsorganisation anschließt, handelt kameradschaftlich. Kamerad heißt für uns Freund und Kampfgenosse! So kann man doch keinen

Unorganisierten

nennen, der die Pflichten der Solidarität mit Füßen tritt. Das geschieht zum unendlichen Nachteil aller. Alles wäre anders, wenn die Unorganisierten reiflos ihre Organisationspflicht erfüllen. Für jeden Fortschritt

sind

die das stärkste Hindernis. Bildet doch die von den Unorganisierten verschätzte Ohnmacht vieler Textilarbeiter die Uebermacht der Unternehmer. Alle Bedrückung, Ausbeutung, Rechtslosigkeit, Willkür u. dergl. sind nur darauf zurückzuführen. Wer

das

Recht haben will, muß Macht besitzen. „Macht kann ohne Macht nicht aufrechterhalten werden“, schrieb sogar die „Königliche Volkszeitung“ am 28. Mai 1918. Jeder neue Tag hämmert uns das erneut ein. Denkschwäche, Opferfeue und Untarnerschaftlichkeit sind die

Uebel,

weiche beseitigt werden müssen. Macht entscheidet! Bei gleicher Macht hätten die Textilarbeiter auch das gleiche Recht, wie die Unternehmer. Die Wurzel alles Übels bilden somit bewußt oder unbewußt die Unorganisierten. Dieses Uebel,

welches

wie eine ewige Krankheit fortwirkt, ist das Verhängnis der Textilarbeiter. Wer sich das alles vergegenwärtigt, kann sich nicht verschämen, diesem Verhängnis auch noch Vorkehrung zu leisten. Das geschieht aber noch viel zu viel. Wenn das Uebel

beseitigt

werden soll, dann muß es an der Wurzel gefaßt werden. Alle Verbandskollegen müssen dabei mithelfen. Auf dem Wege von und zu der Arbeit, im gesellschaftlichen und politischen Verkehr, hierum, wo sich irgend eine Gelegenheit bietet, muß alles getan

werden um die Unorganisierten ihrer Berufsorganisation zu zuführen. Nur wenn das geschieht, wird es uns nach und nach gelingen, die Zahl der Unorganisierten immer mehr zu verringern. Darum muß es überall heißen: Hand angelegt! Jeder Verbandskollege, jeder Kollegin

es sich zur Pflicht machen, nach Kräften mitzuwirken. Freue um Freue! Wenn unsere Verbandskollegen in dieser Beziehung reiflos ihre Verbandspflichten erfüllen, dann wird es auch gelingen, die Denkschwäche, Opferfeue und Untarnerschaftlichkeit der Unorganisierten zu überwinden. („Textilarb.-Ztg.")

Gewerkschaftliches.

Die österreichischen Gewerkschaften im Jahre 1917.

Der soeben erschienene Bericht der österreichischen Gewerkschaftskommission über die Stärke und Leistungsfähigkeit der zentralen Gewerkschaftsverbände Österreichs läßt deutlich erkennen, daß die Stagnation der ersten Kriegszeit überwunden ist, daß auch die österreichische Arbeiterchaft sich wieder fester an die Organisation anschließt. Die Zahl der Mitglieder Ende 1913 415 193 betrug, war in den darauffolgenden Kriegsjahren nacheinander auf 240 681 — 177 111 und (1916) auf 166 937 gestiegen. Das Berichtsjahr schließt mit 311 098 Mitgliedern ab, worunter 79 000 Frauen gegen 42 979 im Jahre 1913 sich befinden. Die Entwicklung der finanziellen Verhältnisse ist ebenfalls eine erfreuliche gewesen. Die Einnahmen betragen 4,63 Millionen Kronen im Jahre 1916 auf 10 Millionen Kronen im Berichtsjahre gestiegen. Ausdiesem sind auch die Ausgaben infolge der allgemeinen Preissteigerungen größer geworden, 5,20 Millionen Kronen gegen 4,46 Millionen Kronen im Vorjahre. Die Ausgaben für Unterstützungen haben absolut in relativ eine Verminderung erfahren. Nach Kronen aber gewohnt, steht Wien mit 113 157 Organisation an der Spitze; es folgen Niederösterreich (52 620), Böhmen (46 120), Steiermark (24 241) usw. Diese vier zusammen ergeben 75 Prozent aller Gewerkschaftsmitglieder. Der stärkste Verband ist der der Metallarbeiter; er hatte im vorliegenden Jahre rund 77 000 Mitglieder zu verzeichnen und kam damit auf 107 000 Mitglieder, wovon 31 831 weibliche. Demselben folgten die Eisenbahner mit 55 061, die Textilarbeiter mit 30 889, Bergarbeiter mit 14 678, Chemische Arbeiter mit 13 318 Mitgliedern usw. — Der Gesamtverbandsbestand hat sich im Jahre 1917 um rund 2 Millionen Kronen vermehrt und hat damit die Höhe von 16,62 Millionen Kronen erreicht. Von der in der Fachpresse, polnisch, italienisch und slowenisch erscheinenden Fachpresse entfällt der weitaus größte Teil auf deutsche Sprache; von einer Auflage von 337 Exemplaren sind es 281 600 Exemplare.

Mitteilungen.

Großsch. In der am 27. Juli abgehaltenen Generalversammlung der Zahlstelle wurde die Abrechnung des 2. Quartals gegeben. Der Vorsitzende, Kollege Zahn, berichtete darüber, wobei er einen Vergleich gegenüber dem 1. Quartal 1918 und dem 2. Quartal 1917 zog. Besonders erfreulich sei die Zunahme der Mitglieder. Für die Gewinnung der noch fehlenden müsse auch weiter alles eingesetzt werden. Kollege Zahn, der mit K. Lorenz die Abrechnung geleitet, bestätigte deren Richtigkeit. Hierauf erstattete Kollege Richter Bericht vom Verbandstag. Er ging auf die hauptsächlichsten Punkte, die Beitragserhöhung, die Verbindung mit einer Erhöhung der Unterstützungsverbindungen, die Erhöhung der Unterstützungen, sowie auf die Generalversammlung betreffen, ein. Er bezeichnete die Stellungnahme des Verbandstags, auch die am Fachblatt geübte Kritik und fast einzigartig angenehme Entscheidung des Kollegen wurde mit hervorgehoben. Ergänzend hierzu Kollege Zahn auf die Ursachen hin, die eine Beitragserhöhung zur unabwendbaren Notwendigkeit machen. Zum besseren Verständnis gab er dann einen Vergleich zwischen den bisherigen und den nach dem neuen Berlin angenommenen Beiträgen und Unterstützungen, das Mehr der täglichen und wöchentlichen Leistungen hervorhebend. In der folgenden Zusammenfassung der Kollege Zahn den Bericht über die Beitragserhöhung, die etwas sprunghaft in die Kritik er hervorhoben. Die Tarifgemeinschaft habe vordem immer Kritik erfahren, weil durch den Gewerkschaften der Kampfcharakter verloren

grit der Zeit andere sich alles, nichts werde
auf den Kopf gestellt. Das Fachblatt zeigt
mehr das Gesicht einer politischen Zeitung,
wenn man sich darüber, daß Anträge be-
der Generalkommission, wie ein solcher auch von
seiner Jahrestelle vorgelegt, gestellt werden
die nach seiner Meinung doch nur eine Zer-
der Gewerkschaften zum Zweck haben könnten.
deshalb für ihn eine Genehmigung, daß die An-
angelehnt worden seien. Daran andere auch
die Erklärung von Simon, daß die Ablehnung
Anträge als ein Vertrauensvotum für die Ge-
mission nicht aufzufassen wäre. Besonders
er noch auf einen Punkt hinweisen und sich da-
wenden, ob dieser vom Berichterstatter absicht-
gegangen, lasse er dahingestellt, der die Bewil-
der abermals erhöhten Teuerungszulagen der
betreffe. Es stehe nicht im Einklang, bei
erhöhung höherer Beiträge gleichzeitig eine Steige-
erhöhter Teuerungszulagen vorzunehmen oder
erhöhen zu lassen, wie es diesmal geschehen sei.
Dahinter erklärte hierzu, daß er am Schlusse
Berichtes ja darauf hingewiesen habe, daß wenn
das übersehen, dieses in der Aussprache nachgeholt
werden könne. Bemerkte man wollte er, daß er gegen die
erhöhung der Teuerungszulagen auf 150 M.
nicht habe. Kollege Zahn führte in Erwiderung
daß die Kritik über die Einführung der Tarife
schon gewesen sei. Nur in Orten, wo die Löhne
über die im Tarif vorgesehenen hinausgegangen,
seien unzufrieden damit gewesen. Es müßte aber
im Bericht gegogen werden, daß ein großer Teil
Arbeitererschaft bedeutende Vorteile durch die Tarife
erhalte habe. Was die Haltung des Fachblattes be-
trifft, so ist wohl anzunehmen, daß der allergrößte
Teil der Mitglieder sich damit einverstanden erklären
würde, nämlich sei dabei nur, daß es gewöhnlich Ange-
legenheit, die sich im Gegenlag zu den Mit-
gliedern befinden. Was die Generalkommission be-
trifft, so müsse gesagt werden, daß sie mit ihren Hand-
lungen im Gegenlag zu der organisierten Arbeiter-
schaft stehe. Der Unwille darüber ist schon zurzeit
genügend, wird aber noch mehr in Erscheinung
treten, wenn erst die früheren Zustände mit der Presse-
berichterstattung, "freiheit" wiedergekehrt sind. Dem
Fachblattungen, die die Generalkommission ohne die
Genehmigung der organisierten Arbeitererschaft verleiht,
wäre diese geradezu heraus und trage dazu bei,
die notwendige Einheit der Gewerkschaften zu stören.
In der politischen, so zeige sich auch hier, von wel-
cher Seite der Anschlag zu Spaltungen gegeben werde.
Vergleich zu geben zwischen den bisherigen und
nach dem Antrag wertig beschlossenen erhöhten
Zulagen, was als Plenumredner von Kol-
leuge Schuberth bezeichnet wurde, hätte er sich nach
seiner Meinung sparen können; er habe es als seine
Pflicht erachtet, daß die Mitglieder volle Klarheit dar-
über erhalten. Wenn ein Mitglied seine Unzufrieden-
heit darüber ausdrückt, so könne er wohl darüber hin-
gehen. Zu den von Kollegen Schuberth kritisierten
Teuerungszulagen erklärte Kollege Zahn, daß die in
den vergangenen aufgestellten Gehälter den durch die
veränderten Verhältnissen nicht mehr entspre-
chen, wie das auch sonst ja in allen anderen Fällen ver-
wendet werden kann. Da aber eine anderweitige Ge-
regelung längere Arbeiten bewegen, sei zu dem
Mittel der Teuerungszulagen gegriffen wor-
den, einen Ausgleich herbeizuführen. Seine Stel-
lungnahme hierzu habe er in der Nürnberger Konfe-
renz geäußert. Er sei kein Gegner der Teuerungszu-
läge, wünsche aber, daß diese nicht einseitlich, son-
den örtlichen Verhältnissen entsprechend geregelt
werden. Denn nachweislich seien die Ausgaben eines
Arbeiters der Großstadt doch verschieden von denen
des Provinzialen. Nach seiner Stellungnahme habe er
sich für seine Person eine weitere Erhöhung abge-
lehnt. Auch aus den Verhandlungen des Verbands-
rates ist zu ersehen, daß er nicht in Frage komme.
Weil man solle er aber darauf, daß wenn an seiner
Stelle der Kollege Schuberth gewesen wäre, es doch
fraglich sei, ob er diese Stellung eingenommen
hätte. Sehr nahe liege es, daß er die erhöhten Teue-
rungszulagen auch mit in Kauf genommen haben
würde. In der Aussprache beteiligten sich weiter die
Kollegen Schmidt und Vorey. Auch ihre Ausführun-
gen gegen die des Kollegen Schuberth gerichtet.
Bemerkte K. Vorey zur Haltung des Fachblattes,
welcher verlangt worden sei, mehr politische Erörterun-
gen zu pflegen. Heute werde von der linken Seite
des Gegenstandes verlangt. Wir sind mit der
Erklärung unseres Fachblattes zufrieden und bleiben
was wir früher waren. Nachdem gab Kollege
Zahn ein abschließendes Bild über Zweck und Nutzen
des Verbands, worauf einstimmig die Beschlüsse

des jährlichen Gesamtertrages beschlossen wurde. Da
Anträge nicht vorliegen, konnte über diesen Punkt hin-
weggegangen werden. Der letzte Punkt: Berufs-
angelegenheiten wurde infolge vorgerückter Zeit ver-
zagt.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes

Wir machen unsere Mitglieder darauf aufmerksam, daß
für die...
Kürnberg, den 17. August 1918.
Der Vorstand.

Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen

Calau. Alle Unterstufungen zahlte Otto Stamm, 2. Bev.
Sonntagabend 12-2 Uhr mittags aus.
Burg. Für die Sterbefälle der Kollegen August Neubauer
und Andreas Horbach ist der 76. und 77. Sterbebeitrag
fällig bezw. das 76. und 77. Geld auf der Lokalsterbe-
kastentarte zu legen.
Weißensee. Für das Mitglied Albert Oilschmann (Ge-
fasser) ist die 23. Karte zu legen.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Schuhmacher u. v. D. Deutschlands (Meinerer Verein auf Gegenseitigkeit in a. m. r.)

In der Sitzung des Vorstandes am 6. August 1918
sind folgende Mitglieder, deren Aufenthalt unbekannt ist,
nach § 4 a. d. Verfassung aus der Kasse ausgeschlossen
worden:
H. Köhler 215, G. Straube 10072, E. Steib 3650,
A. Oppermann 2075.

D a m b u r g, den 10. August 1918.
S. Ebel, Hauptkassierer.

Bekanntmachung des Hauptkassierers.

Gelder gingen ein vom 27. Juli bis 10. August 1918:
Sonthelm 180.—, Halberstadt 100.—, Oldenburg 100.—,
Ebenis 200.—, Minden 100.—, Magdeburg 100.—, Mü-
geln 75.—, Gießen 80.—, Neuruppin 80.—, Flensburg 80.—,
Pfeffel 200.—, Schweinfurt 200.—. Summa: 1414.— M.
Zuschuß erhielten:
Ehrdruf 150.—, Spandau 120.—, Calau 100.—, Kaiser-
lautern 200.—, Eichardt 80.—, Bodenheim 100.—, Mann-
heim 200.—, Bremen 150.—, Burg 300.—, Griesheim 150.—,
Neußilla 160.—, Niederrab 150.—, Herzogenaurach 123.—,
Al. Rupelst 100.—, Bamberg 200.—, Oberarr 100.—,
Kremppe 150.—, Domburg 220.—. Summa: 2892.— M.
D a m b u r g, den 10. August 1918.
S. Ebel, Hauptkassierer.

Ehrentafel für unsere im Felde gefallenen Mitglieder

25 Jähr. Bruno Eickhold, gefallen am 18. März 1918.

Ausfcheiden und aufbewahren. Adressenverzeichnis der Ortsverwaltungen und Ver- trauensleute. (Schluß)

Schwab. Bezirk 2. 2. Bev. Ernst Stauffenberg, Hüb-
weg 24.
Jena. Bezirk 8. Vertrauensmann Hugo Matthes, Spi-
gelweg 27-29 II.
Nürnberg. Bezirk 1. 1. Bev. Georg
Christ, Breiterstr. 69; 2. Bev. Heinrich Klag,
Stauffstr. 5.
Kronach. Bezirk 1. 1. Bev. Paul Höp, Kreuzburgstr. 168.
Magdeburg. Bezirk 8. 1. Bev. Wilhelm Dreßler,
Georgienplatz 9 I.
Mannheim. Bezirk 1. 1. Bev. Jakob Schäfer, Welfenonnen-
gasse "Goldener Pfug"; 2. Bev. Thomas Ebner,
Martinsstr. 18 I.
Mannheim. Bezirk 2. Vertrauensmann Franz Schicht,
Alphornstr. 22.
Münster. Bezirk 2. Vertrauensmann Gottlieb
Strobel, Botenpoststr. 45.
Münster. Bezirk 7. 1. Bev. Hugo Köhler, Schön-
bergerstr. 11; 2. Bev. Alfred Berger, Südstr. 17.
Münster. Bezirk 7. 1. Bev. Paul Dreßler, Hinden-
burgstr. 3; 2. Bev. Karl Hartmann, Korbis bei
Weiden, Hauptstraße 144.

Reg. Bezirk 2. Vertrauensmann R. : ...
Wall 32.
Münster. Bezirk 1. Vertrauensmann Franz Junger,
Bahrstr. 83.
Münster. Bezirk 7. Vertrauensmann Gustav
Müller, Grottenhain b. Mühlstr. Nr. 28.
Münster. Bezirk 8. Vertrauensmann Johann
Kengel, obere Marktstr. 6.
Münster. Bezirk 1. 1. Bev. Josef Weingert, Säbne-
straße 21 I.; 2. Bev. Andreas Neubauer, Tum-
blingerstr. 12.
Münster. Bezirk 1. 1. Bev. Wilhelm Hofmann, West-
straße 228; 2. Bev. Philipp Saalfraut, Kronacher-
straße 88.
Münster. Bezirk 7. Vertrauensmann Georg
Neuthe, Mühlstraße 8. Keller.
Münster. Bezirk 7. Vertrauensmann Josef
Strangfeld, Weberstr. 173 f.
Münster. Bezirk 5. Vertrauensmann Johann
Thomson, Lerkstr. 18.
Münster. Bezirk 6. Vertrauensmann Karl
Möhring, Ludwigsstr. 68.
Münster. Bezirk 7. 1. Bev. Heinrich Hen-
schel, untere Mühlstr. 49; 2. Bev. August Hof-
mann, Lerkensfeld 16.
Münster. Bezirk 6. 1. Bev. August Eich,
Reitbahnstr. 4. 2. Bev. Otto Köpp, Bergstr. 9.
Münster. Bezirk 2. Vertrauensmann Fritz Krug,
Bayerstr. 13.
Münster. Bezirk 6. Vertrauensmann
Gustav Schneider, Jettensstr. 16.
Münster. Bezirk 1. 1. Bev. Ludwig Denker,
Peter Henleinstr. 5; Karl Höltermann, Verbands-
büro, Jahnstr. 14.
Münster. Bezirk 7. Vertrauensmann Karl Schen-
ke, 390.
Münster. Bezirk 7. Franz Wetzlar, Dresdenerstr. 18.
Münster. Bezirk 7. 1. Bev. Alois Reich, Gassen-
Abelstr. 7/10; 2. Bev. Ch. Christen, Röderstr. 21.
Münster. Bezirk 8. Vertrauensmann Gottlieb Seiden-
schulstr. 15.
Münster. Bezirk 7. 1. Bev. Emil Eschmann,
Poststr. 6; 2. Bev. Johann Ulrich, Gartenstr. 20.
Münster. Bezirk 3. Vertrauensmann Friedrich
Hattendorf, Paulstraße.
Münster. Bezirk 5. Vertrauensmann Friedrich
Meyer, Schlossplatz 16.
Münster. Bezirk 7. Vertrauensmann Karl Bärth,
Seip-
gigerstr. 20.
Münster. Bezirk 8. Vertrauensmann Karl Brod-
hoff, Halberstädterstr. 47.
Münster. Bezirk 5. Vertrauensmann Johann Ralben-
bach, Breitergang 6.
Münster. Bezirk 7. 1. Bev. August Geber, Thyrgasse 406B.;
2. Bev. Ernst Reinsdorf, Kaiser-Wilhelmstr. 297 W.
Münster. Bezirk 2. Vertrauensmann Josef Wenzel,
Gummastr. 104.
Münster. Bezirk 2. 1. Bev. Jean Friedmüller, Ver-
bandsbüro, Kreuzgasse 6; 2. Bev. Friedrich Kummer-
row, Verbandsbüro, Kreuzgasse 6.
Münster. Bezirk 7. Vertrauensmann Alfred Kollisch,
Schulgasse 2.
Münster. Bezirk 7. Vertrauensmann Ferdinand
Stern, Beilstr. 31.
Münster. Bezirk 6. Vertrauensmann Adolf Witten-
becher, Alte Luisenstr. 40.
Münster. Bezirk 5. 1. Bev. Wilhelm Stoffen,
Lindenstr. 11; 2. Bev. A. Bod, Dahnstr. 12.
Münster. Bezirk 6. Vertrauensmann Carl
Jähnsdorf, Schmelle 57.
Münster. Bezirk 1. Vertrauensmann Johann Bensch,
Nr. 50.
Münster. Bezirk 4. 1. Bev. Fritz Degehards,
Steinbergerstr. 7; 2. Bev. Wilhelm Kramp, Leppig,
Ringelstr. 20.
Münster. Bezirk 2. 1. Bev. Josua Bohrer, Wilhelm-
straße 17; 2. Bev. Fritz Dostler, Ulrichstr. 28.
Münster. Bezirk 4. Vertrauensmann Albert Herz-
mann, Königstr. 94.
Münster. Bezirk 7. 1. Bev. Josef Friedrich, Pflanz-
gasse 230; 2. Bev. Franz Raschpar, Herstr. 207.
Münster. Bezirk 5. 1. Bev. Johann
Dreßing, Mühlstr. 17; 2. Bevollm.
H. Preßl, Edo Wiedenstr. 17.
Münster. Bezirk 8. 1. Bev. Karl Anhalt,
Geraltische Gasse 9; 2. Bev. Ludwig Jung, Große
Kirchgasse 1.
Münster. Bezirk 6. 1. Bev. E. Blos, Strandstr. 28 post.
2. Bev. Carl Witt, Brauergasse 5.
Münster. Bezirk 7. 1. Bev. Emil Wöhrmann, Drob-
denerstraße; 2. Bev. Otto Andra, Georgstr. 13.
Münster. Bezirk 4. Vertrauensmann Paul Helme-
mann, Wasserortstr. 1.
Münster. Bezirk 7. 1. Bevollm. Ernst
Schwibbe, Nr. 600 b. Konsumverein; 2. Bev.
Karl Reichert, Nr. 610.
Münster. Bezirk 7. 1. Bev. Arthur Groß-
hoffenerstr. 79 g; 2. Bev. Willy Richter, Albers-
straße 11.
Münster. Bezirk 4. 1. Bev. Anton Büchem, Gattner-
bergerstr. 100; 2. Bev. Ernst Bredow, Kaiserstr. 108.

